

Schaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Rußland derart ausgeführt haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reich in seinem ganzen militärischen Umfang gehörend betrachtet werden können. Hierauf erklärte Trozki: Wir halten unsere Erklärung in vollem Umfange aufrecht, daß die Völkerschaften, die das russische Gebiet besiedeln, ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung haben, und zwar bis zur Bestrennung von Rußland. Wir können jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders erklären, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gewissen privilegierten Teilen derselben. Wir müssen die Auffassung des Vorliegenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch tatsächlich bevollmächtigte Organe geltend machen lassen, denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe könnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Welches Organ vertritt den Volkswillen?

Es entwickelte sich nun eine lange Debatte über die Frage, unter welcher Voraussetzung und in welchem Zeitpunkt ein neuer Staat im Wege der Absonderung eines Bestandteiles eines selbständigen Staates von diesem entsteht. Staatssekretär von Kühlmann sagte dem Standpunkt der Mittelmächte in dieser Frage wie folgt zusammen: Unsere Auffassung geht dahin, daß eine staatliche Persönlichkeit entsteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundzüge ihres Daseins abzugeben, sobald irgend ein zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Vertretungskörper als Ausdruck des unzweifelhaften Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß zur Selbständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes kundgibt. Hier scheint unsere Aufgabe dem Charakter und der fundamentalen Wichtigkeit des Selbstbestimmungsrechtes erheblich näher zu kommen, als die von dem Vertreter der russischen Delegation hier niedergelegte Auffassung, denn dieser sagte uns bisher nicht, wie ein Körper entstehen oder beschaffen sein soll, welcher in größtenteils noch nicht organisierten, eine Volkspersönlichkeit anstrebenden Völkern die Organisation des Volkes auf breiter Grundlage formen muß, die nach Ansicht des russischen Vorstehenden die Voraussetzung für die Entstehung dieser Rechtspersönlichkeit bildet. Hierbei wies Staatssekretär von Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, welche sich ja im Sinne der deutscherseits entwickelten Grundsätze konstituiert hätten, und welchen die Petersburger Regierung die Selbständigkeit zuerkannt habe, obgleich ihre Entstehung nicht nach den von ihr vertretenen Prinzipien erfolgt sei.

Demgegenüber hielt Trozki an dem von ihm vertretenen Standpunkt fest.

Das Ergebnis der Aussprache.

Das Ergebnis der beiderseitigen Ausführungen über diesen Punkt wurde vom Staatssekretär von Kühlmann folgendermaßen zusammengefaßt: Trozki hat vorgeschlagen: Errichtung von Vertretungskörpern, denen die Organisation und Festsetzung derjenigen Modalitäten übertragen werden soll, unter denen von uns einstweilen rein theoretisch konzipierte Volksabstimmungen oder Volkskundgebungen auf breiter Basis erfolgen sollen, während wir auf dem Standpunkt stehen oder stehen bleiben müssen, daß mangels anderer Vertretungskörper die vorhandenen und historisch gewordenen Vertretungskörper präsumtiv der Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nationen, eine Nation zu sein.

Scharfe Gegenläufe.

In weiteren Erklärungen Kühlmanns glaubte Trozki eine Untergrabung des Grundgedankes des Selbstbestimmungsrechtes erblicken zu müssen und warf die Frage auf, warum die Organe der fraglichen Körperschaften denn nicht zu den Verhandlungen in West-Litwoll eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsteile zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen wird natürlich gedacht, weil dann diese Nationen nicht als Subjekt, sondern als Objekt der Beratungen betrachtet würden. In Erwiderung führte Staatssekretär von Kühlmann aus: Ich bin gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe. Minister Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Beteiligung von Vertretern der besprochenen Gebiete näher zu treten, fügte aber hinzu, er wüßte zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden solle, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Vertretungskörper nicht als berechtigt angesehen werden würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen. Trozki beantragte hierauf, die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Einvernehmen zu setzen.

Russische Gegenvorschläge.

Die russische Delegation legte sodann Gegenvorschläge vor, die für uns ganz annehmbar erschienen.

Scharfe Zurückweisung der Russen.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Lande stünde und uns Bedingungen diktiert wünte. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Tatsachen entgegenge setzt sind, das siegreiche deutsche Heer steht in ihrem Gebiet. Ich möchte sodann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechtes der Völker in einer Weise und in einem Umfange fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Lande anzuwenden hat. Ihre Regierung beansprucht das Recht

lich auf Macht und nur auf Macht, die rücksichtslos und mit Gewalt jeden Andersdenkenden unterdrückt. Jeder Andersdenkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois für vogelfrei erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispielen erläutern. In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste weißrussische Kongress in Minsk, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Racialisten durch Bajonett und Maschinengewehre auseinandergejagt. Als die Ukraine das Selbstbestimmungsrecht geltend machte, stellte die Petersburger Regierung ihr ein Ultimatum und versuchte die Erzwängung ihres Willens mit Waffengewalt. Soviel aus den mir vorliegenden Punktschriften hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker durch die magmalistische Regierung in der Praxis dar. Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einmischung in die Regelung ... Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsche der Losreißung von Rußland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben. Von den wichtigsten Beschlüssen der Bevölkerung möchte ich folgendes hervorheben: Am 21. September 1917 erbat die litaunische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der gesamten Bevölkerung Litauens bezeichnet, den Schutz des Deutschen Reiches. Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landestat, der von den Litauern des ganzen In- und Auslandes als einzige berechtigte Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben. Am 27. Dezember sprach die Stadtverordnetenversammlung in Riga eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diesem Antrag haben sich die Rigaer Kaufmannskammer, die große Gilde, die Vertretung der Landbevölkerung, sowie 70 Rigaer Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Ritterschaft, die ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Döbel, Dags und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst. Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Litauens, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaischen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtspflege, keine Organe des Rechtsschutzes, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen und keine Post. Alles das ist in deutschem Besitz und in deutschem Betrieb. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksherrschers oder Mikts sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Aufhebung der Sitzung.

Staatssekretär von Kühlmann führte dann aus: Ich möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, auf die hier verlesene schriftliche Erklärung der russischen Delegation unsererseits jetzt irgendeine Stellung zu nehmen. Ich muß mir deutscherseits Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten, möchte aber meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der von der Delegation vorgeschlagene Mobus, nämlich, daß die Delegationen sich gegenseitig formulierte Schriftstücke vorlegen, weder zur Beschleunigung der Verhandlungen beitragen werden, noch, besonders wenn die Schriftstücke dem uns heute vorgelegten entsprechen, im allergeringsten dazu beitragen werden, die Aussichten der Verhandlungen, die wir führen, in besonders rosigem Lichte erscheinen zu lassen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, in der gestern angefangenen Weise fortzufahren, bis der ganze Stoff durchgesprochen worden war, und dann nach Abschluß der mündlichen Durcharbeit, wenn es nötig erschienen wäre, das Ergebnis der mündlichen Durcharbeit schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung unter den Bundesgenossen die Sitzung aufzuheben. Nach kurzen Erklärungen Trozki wurde die Sitzung aufgehoben. Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Beratung ist noch nicht anberaumt worden.

Wichtige Ereignisse in Rußland.

Das „Journal de Geneve“ meldet in einer Privatdepesche: In Petersburg werden wichtige Ereignisse erwartet, denen werden eine große Rede halten, von deren Aufnahme es abhängen werde, ob er an der Macht bleibe. Die Sozialrevolutionäre schlagen den Maximalisten ein Bündnis vor, das dieser Koalition eine Mehrheit in der Konstituante sichern werde. Die Grundlagen dieses Bündnisses sind folgende: Die Konstituante erklärt Rußland zur Bundesrepublik, unterzeichnet nur den allgemeinen, nicht einen Sonderfrieden, beschlagnahmt die Renten, annulliert die Staatsschulden und legt für jede Gegend eine Konstituante ein.

Wichtige politische Mitteilungen.

Beschlagnahme deutscher Schiffe. Die Pariser Mitter melden, zehn deutsche und vier österreichisch-ungarische Schiffe seien durch griechische Kreuzer in den griechischen Häfen Piräus, Neuss und Elea beschlagnahmt worden. Die Schiffe sollen einen Wert von 7 1/2 Millionen Franken haben.

Die Dezemberkämpfe in Ostafrika. Der englische Heeresbericht aus Ostafrika vom 11. Januar besagt: Der Verlauf der Operationen im letzten Monat war folgender: Nachdem die deutsche Kolonne unter General v. Lettow-Vorbeck als keine erfahrene Truppe, die unter Schwermüttern und Hungertodmangel litt, das portugiesische Gebiet des Kipomano betreten hatte, bewegte sie sich nach Südosten vorwärts, es bezog sich auf ihrem Vormarsch mehrere kleine portugiesische Einheiten.

und Streifabteilungen über das ganze Land zwischen Stromen (in der Nähe des Kassaies) und der Rüste bei Wort Amalla. Britische deutsche Kruppen folgten den Deutschen das Südgebirge aufwärts, während andere Kolonnen, die mit den Portugiesen zusammen vorgingen, in Wort Amalla ausgeschifft wurden und anders vom südlichen Ende des Kassaies in östlicher und nordöstlicher Richtung vorrückten. In den letzten Tagen kam es zu Streifkämpfen im Gebiet vor Stromen, wo eine feindliche Abteilung im Aufschlingental aufgespürt worden war.

Sonntag ermuntert die Miltierten. Aus New York wird gemeldet: Staatssekretär Lansing hat in einer Rede den Miltierten geäußert. Er sagte: Großbritannien ist unentwegt, Frankreich von Maris, Italien vom nördlichen Teil der alten Kaiserreichs keine Armeen halten in der westeuropäischen Ebene und auf den Bergen. Macht über seine alten Schätze. Kanada, unser mächtiger Nachbar im Norden, hat seine Söhne und Gabe der Sache der Freiheit geschenkt. Lansing fügte hinzu, daß sein letzter Rat an alle Miltierten sei: Wir legen diesen Krieg fort, wir müssen fliegen um die Menschheit willen.

Neues englisch-spanisches Wirtschaftsabkommen. Der „New York Times“ zufolge: Unter Lord Curzon, der Leiter der Bank von England, hat sich eine britische Mission nach Spanien begeben, um über den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages zwischen den beiden Ländern zu verhandeln.

Indiens Drang nach Selbstständigkeit. Die englischen Miltierten vom 8. Januar melden aus Kalkutta vom 21. Dezember: Die Moslem-Liga für ganz Indien versammelte sich hier und trat der Errichtung des Nationalkongresses bei, in der auf der Wichtigkeit eines parlamentarischen Status zur Einführung einer vollständig verantwortlichen Regierung bestanden wird. Die Liga fordert außerdem besondere Schutzmaßnahmen für den mohamedanischen Glauben. Eine andere Entscheidung wurde angenommen, in der gleichzeitig gegen die Internierung des Führers der Liga, Mohammed Ali, Einspruch erhoben wird.

Brasiliens große Kaffeevorräte. Nach einer Mitteilung des Temps aus Rio de Janeiro hat die Stadt Sao Paulo die Magazine des großen deutschen Hauses L. Dillie ihre Kaffeevorräte beschlagnahmt. Diese Maßnahme, sagt die „Times“ hinzu, kann gelinde die von der brasilianischen Bundesstaaten gegen den deutschen Handel ausgenommene Politik. Sie ist noch eine Folge des neuen französisch-brasilianischen Abkommens.

Von Stadt und Land.

Aue, 15. Januar.
Nachdruck der Befehle, die durch ein Kassenprotokoll vom 13. d. M. - auch im Kurier - nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Geburtstag des Kronprinzen. Der Kronprinz (Georg) von Sachsen, der zurzeit an der Spitze des 104. Infanterieregiments (Chemnitz) im Felde steht, feiert heute seinen 26. Geburtstag. — Die öffentlichen Gebäude hatten aus diesem Anlaß geschlossen.

Kriegsauszeichnung. Dem Oberdragoner Ernst Weiß, wohnhaft Mittelstraße 34, wurde das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen. Er ist bereits im Besitz der Friedrich-August-Medaille in Silber.

Die Wassernot in Aue. Der Rat der Stadt veröffentlicht in unserer heutigen Nummer eine neuerliche Bekanntmachung, in welcher zum Zwecke wirksamer Wassersparnis sofortige Absperrung aller privaten Badeeinrichtungen geordert wird. — In vielen Häusern sind sehr zum Leidwesen der Hausfrauen die Wasserleitungen bereits abgESPERRT. Diese Maßnahme sollte im Allgemeininteresse nicht einen Augenblick länger aufrecht erhalten werden als unbedingt nötig ist.

Vortrag im „Blauen Engel“. Pfarrer Kapus aus Dortmund wird am Donnerstag, den 17. Januar abends 7/8 Uhr im „Blauen Engel“ über „Deutschlands Auf- oder Abstieg“ sprechen.

Sitzung des Erzgebirgssturmgangs. (D. Z.) Am Sonntag hielt der Erzgebirgssturmgang eine Versammlung der Vereinsvorsitzenden im Hotel „Erzgebirgischer Hof“ hier ab, in der die Vertreter von 19 Bauvereinen anwesend waren. Nach begrüßenden Worten gab der 2. Gauvertreter Fichtner-Fränke einen kurzen Jahresbericht. Danach zählte der Gau am Anfang des Jahres 5360 männlicher Angehörige in 40 Vereinen; 19 Vereine hatten nicht berichtet, in ihnen scheint also alles Vereinsleben zu ruhen. Von den 59 Bauvereinen haben 34 den Turnbetrieb eingestellt, was nicht zu verwundern ist, wenn man bedenkt, daß von den 4773 über 17 Jahre alten MitglieBern 8661 = 77% im Heere stehen, sodas nur noch 1112 in der Heimat sind. Darnach erstattete Gauturnwart Emmrich-Aue den Turnbericht, dabei Rückblick auf das vergangene Jahr (Ausbildungsstunden, Gauturnfahrten, Wettkämpfe, Vorturnerlehrgänge) und Ausblick aufs neue Jahr (Reise-Spielefest) haltend. Dem Rassen bericht von Rastlerer Tränke-Aue vorgetragen, ist zu entnehmen, daß das Gauvermögen rund 1500 M. beträgt. Die Rechnung auf 1918 wurde richtig gesprochen, während die auf 1917 nach Abschluß vom E. Köhnik geprüft werden soll. — Beschlossen wurde, den bisjährligen ordentlichen Gau tag ausfallen zu lassen, den Gauturnrat aber zu ermächtigen, nach Bedarf im Laufe des Jahres einen außerordentlichen Gau tag einzuberufen. Weiter soll im Sommer 1918 eine Gauturnfahrt für Jung und Alt veranstaltet werden und zwar wiederum nach dem Jägerhaue bei Bodau, dem Orte, wo der G. H. G. Gedenktag an manchen turnerischen Zusammenreffen erinnert. Die Beschlüsse des Ausschusses der deutschen Turnerschaft über Neuordnung, Anstellung eines Geschäftsführers mit dem Sitz in Berlin und Erhöhung der Beiträge von 6 M. auf 20 M. fürs Mitglied jährlich, erfuhren eine weitgehende Befregung, die dazu führte, daß die Vertreter des Gau es gelegentlich des Kreisturntages am 4. Februar 1918 in Chemnitz sich besonders gegen die Steuererhöhung zur Zeit ablehnend verhalten sollen.

Die Haar-Sammlung des Frauenvereins geht weiter. — So sei gegenüber anders lautenden Gerüchten der Frauen und Mädchen unserer Stadt und Umgebung auch an dieser Stelle mitgeteilt: Nötig braucht das Vaterland auch an dieser bestimmten Frauenhaar zur Herstellung von Treibminen und Unterseeboot-Lauen. Darum auf, ihr Frauen und Mädchen, bringe euer ausgelammtes Haar zur vaterländischen Verkaufsstelle bei Frau Wehner, Reichstraße 91. Ihr bekommt es gut bezahlt und erweist dem Vaterlande einen Dienst!

Hausgeschlichtungen. Auf Anordnung des Kriegsernährungsamts ist vom Sächsischen Ministerium des Innern bestimmt worden, daß Hausgeschlichtungen von Schwämmen nur noch bis zum 31. Januar ds. J. vorgenommen werden dürfen, und die Erstellung von Hausgeschlichtungen aus Schwämmen und die Annahme von Hausgeschlichtungen

nach diesem Zeitpunkt von dem Reichsministerium des Innern als unmoralisch betrachtet werden können. Die Hausgeschlichtungen sind bis zum 31. Dezember 1917 zulässig.

Keine Begünstigungen. Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen. Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.

Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.

Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.

Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.

Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.

Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.

Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.

Die Einkünfte der Einkommensteuer sind nach dem Einkommensteuergesetz vom 1. April 1917 nicht zu erhöhen.